

Blatt

Schweiz

Telephon

Expedition 61 u. 11 48
 Inseraten-Regie: 600
 Redaktion Bureau: 591

Inseratenpreise:

ir die einseitige Millimeter-Höhe, 36 mm breit
 oder deren Raum, lokal 8 Cts.
 (Berntental 10 Cts.
 Ausland 12 Cts., Reklamen Schweiz 40 Cts., Ausland 50 Cts.

ben. Die Bundesversammlung kann nicht für die Wahl erst einberufen werden, wenn die Bomber schon über dem Bundeshaus freien. Sodann muß für eine energische Unterdrückung der Wühlerei gegen die Armee gesorgt werden, denn es sind Anzeichen kommunistischer Unterminierung der Disziplin da. Nur eine innerlich vollkommen gefestigte Armee, die sich auf ein geeintes Volk stützt, wird respektiert und kann die ihr anvertrauten Geräte erfolgreich verwenden.

Es entspann sich darauf eine lebhafte Diskussion, welche sehr viele Anregungen zulagte forderte. Die Nationalräte Keller (Arg.) und Koch wurden beauftragt, positive Vorschläge bezüglich der Methode der Generalwahl aufzustellen.

Sodann wurde vom Bundesrat die energische Förderung der wirtschaftlichen und industriellen Kriegswirtschaft verlangt (Rohstoff- und Lebensmittelversorgung). Es wurde auch gewünscht, daß man den fehlerhaften Erziehungsmethoden, allerdings ganz vereinzelter Offiziere, mehr zu Leibe rücke, denn ausländische Methoden hätten in unserem Volkstempel keinen Platz. Bezüglich der Finanzierung wurde u. a. eine Lotterie befürwortet, eine niedrig verzinsliche Prämienanleihe, eine Vermögensabgabe von 5 Prozent, wenn einmal die Währungsstabilisierung durchgeführt ist. Die Ideen von Oberstdivisionär Gerlach seien eigentlich in Durchführung begriffen, soweit sie nicht überborden. Auf 15 Mann Infanterie kommt ein Maschinengewehr, dazu die Minenwerfer und die Kanonen.

Schließlich wurde einmütig folgender Entschluß gefaßt:

„Die radikal-demokratische Fraktion der Bundesversammlung pflichtet in Uebereinstimmung mit dem Programm der Partei und überzeugt von der Notwendigkeit eines wirklichen Ausbaus unserer Landesverteidigung der bundesrätlichen Wehrvorlage ohne Abänderung zu in der bestimmten Erwartung, daß die Deckungsfrage spätestens in Verbindung mit dem Vorschlag pro 1937 und dem auf das Jahr 1938 vorgesehenen definitiven Finanzprogramm eine gerechte Lösung finden werde.“

Die Spannung Deutschland-Schweiz nimmt zu.

Nach einer Meldung der N. Z. Z. hat der deutsche Rundfunk einer Schrift Diewerges „Der Fall Gustloff, Vorgeschichte und Hintergründe der Bluttat von Davos“ eine ausführliche Empfehlung angedeihen lassen. Ebenso befaßt sich die Presse mit dieser Schrift. Der Korrespondent des Zürcher Blattes faßt sein Urteil über die Schrift folgendermaßen zusammen:

„Was der Verfasser, der unter Benutzung aller Auskunftsmittel, die ihm als Regierungstreuem Schriftsteller zur Verfügung stehen, an Dokumenten über jüdische Einmischungsversuche in den Prozeß zusammengetragen hat, ist ziemlich dürftig. Außer einigen Artikeln des „Pariser Tagblattes“ findet man eigentlich nur den großsprecherischen Aufruf eines obskuren „Komitees zur Verteidigung Frankfurters“, das seinen Sitz außerhalb der Schweiz hat, sowie den Hinweis auf die Versuche zweier ausländischer Rechtsanwälte, Moro-Giafferi und de Vries, den Auftrag zur Verteidigung Frankfurters zu erhalten — Versuche, die übrigens fehlerhaft sind, was der Verfasser des „Tatsachenberichts“ aber nicht der Erwähnung wert findet. Die Klagen über Moro-Giafferi stützen sich hauptsächlich auf dessen Beschäftigung mit der Angelegenheit „des üblen Landesverrätters jüdischer Herkunft, Berthold Salomon Jacob, der an der deutsch-schweizerischen Grenze in die Hände der deutschen Polizei geriet“.

Das Schwergewicht der Streitschrift ruht entgegen allen in der Einleitung verkündeten Grundsätzen, auf den Vorwürfen gegen die Schweiz selbst — gegen die in vollständiger Aufzählung angeführten 125 Parlamentarier, die Carl v. Ossietzky als Nobelpreisträger vorgeschlagen haben, gegen die Schweizer Presse, die größtenteils vom Judentum abhängt, gegen den Bundesrat, der „dem Ansturm der vereinigten Presseleute erlegen“ sei und die 135,000 Reichsdeutschen in der Schweiz der Seite ihrer Organisation beraubt habe. Die als objektive Dokumentensammlung empfohlene Schrift scheint sich nicht, die Haltung der öffentlichen Meinung in der Schweiz mit primitiven materiellen Beweg-

gründen zu erklären: die Emigranten bringen Geld ins Land, und die großzügige Einstellung zur Rassenfrage sei darauf angelegt, der Schweiz zahlreiche Willenbesitzer zu erhalten und die Banken nicht um ihre Einlagen zu schmälern! Von Gustloff heißt es, er sei der Garant des Friedens in der Schweiz gewesen... Am Schluß der Schrift wird er nichtsdestoweniger zum Range des zweiten Fürst Wessel erhoben.“

Wir hoffen auf die Schrift gründlich zurückkommen zu können. Der Vorwurf an Gustloff berührt die Beziehungen der beiden Länder in keiner Weise, da es sich um die Bluttat eines Einzelnen handelt. Darüber hat der Bundesrat in Berlin glücklicherweise keinen Zweifel gelassen. Die Verärgerung, welche den nationalsozialistischen Kreisen in Bezug auf die Begleitererscheinungen herrscht, beruht auf falschen Voraussetzungen, über die klar und deutlich gesprochen werden könnte, falls Deutschland die noch immer unbeantworteten Feststellungen des Bundesrates in seiner Note über das Verbot der nationalsozialistischen Parteistellen in der Schweiz endlich beantworten würde.

Sehr interessant ist folgender Schlusssatz der Berliner Korrespondenz der N. Z. Z.:

„Wenn der dem Verfasser erteilte Auftrag dahin lautete, die berechtigten Interessen der Schweiz zu respektieren und seine Polemik auf die überstaatlichen Mächte zu konzentrieren, so hat er sich seiner Aufgabe wirklich unglücklich entledigt. Sein Beitrag ist wie gemacht, um das in nationalsozialistischen Kreisen Deutschlands um sich greifende Ressentiment gegen die Schweiz noch stärker emporwuchern zu lassen.“

Damit bekräftigt nunmehr die N. Z. Z. selber, was sie nur als einen raffinierten deutschen Versuch deuten wollte, unsere geistige Landesverteidigung zu schwächen: „Daß schon vor dieser Gustloff-Broschüre in Deutschland eine wachsende Mißstimmung gegen die Schweiz zu beobachten war. Wir hatten eine feste und offene Sprache unsererseits, die sich der Objektivität bekleibt, für gegeben und notwendig. Im übrigen müssen wir in diesem Zusammenhang leider feststellen, daß die N. Z. Z. unsere Ausführungen über „Neutralität und Presse“ und die geistige Landesverteidigung wortlos einsteckt.“

Der französische Streik.

Die Zahl der in den Departementen Seine und Seine-et-Oise von der Streikbewegung erfaßten Werke wird auf 280 und die Zahl der Streikenden, welche die Werke besetzt halten auf 100,000 geschätzt.

In etwa 20 Betrieben wurde am Mittwochvormittag die Arbeit wieder aufgenommen, dagegen wurden etwa 60 neue Firmen von der Streikbewegung erfaßt, darunter die Werke Soudry, Rabaud, Thomson-Houston u. mehrere Del- und Petroleumfirmen. Auch wurde eine Ausdehnung der Bewegung in der Lebensmittelbranche festgestellt.

Die Streikbewegung hat am Mittwochmorgen die große Industriestadt Nantes erreicht. In der Lokomotivfabrik Bâtignolles-Châtillon weigerten sich die Arbeiter der ersten Schicht, die Arbeit aufzunehmen. Sie drangen in die Fabrikräume ein, doch nur um passiven Widerstand zu leisten.

Im Verlauf der Sitzung der Vertreter der Linksparteien intervenierte Salengro bei den Kommunisten energisch wegen der Streikbewegung in der Pariser Gegend, die auch auf die Provinz übergreifen hat. Wie hiezu in den Kreisen der Linksidelegationen verlaurbet, intervenierte Salengro in seiner Eigenschaft als kommender Innenminister. Er bezeichnete die gegenwärtige Agitation als unzulässig und forderte die Vertreter der kommunistischen Partei auf, die von den Kommunisten übernommenen Verpflichtungen loyal zu erfüllen.

Der kommunistische Gewerkschaftsbund jedoch teilt mit: „Entschlossen, die Streikbewegung in der Disziplin und Ruhe ihrer Anfänge zu erhalten, erklären die Verbände ihre Bereitschaft, ihr in dem Augenblick ein Ende zu setzen, wo die berechtigten Ansprüche der Arbeiterklasse anerkannt sein werden.“ In dieser Haltung wird er vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund unterstützt.

Am Mittwoch waren es zehn Tage seit dem Beginn der Streikbewegung. Bis 10 Uhr morgens wurde auf der Präfektur kein Zwischenfall gemeldet. In einigen Fabriken wurde die Arbeit in aller Ruhe zwar wieder aufgenommen; aber andererseits hat die Streikbewegung weiter um sich gegriffen. Die Situation ändert sich von Drückhaft zu Drückhaft und sozuzufügen von Stunde zu Stunde, so daß es faktisch gar nicht möglich ist, eine genaue Bilanz über die Ausdehnung der Streikbewegung aufzustellen.

Die belgischen Dockarbeiter folgen dem französischen Beispiel.

Belgien befindet sich politisch in einer ähnlichen Lage wie Frankreich. Auch hier besteht augenblicklich keine Regierung mit voller Autorität. Diese Gelegenheit wird jetzt von den Dockarbeitern von Antwerpen — genau wie in Frankreich, zu einem Streik großen Stiles ausgenützt. Im Hafen ruht die Arbeit fast vollständig.

In Anbetracht der Ausdehnung der Streikbewegung haben die Leiter der sozialdemokratischen Gewerkschaft beschlossen, die Streikleitung zu übernehmen. Die Streikenden fordern eine 25prozentige Lohnerhöhung. In diesem Zusammenhang wird in den Schiff-